

Ceuta, Mittelmeer, Griechenland – Illegale push-backs, Tod und systematische Gewalt durch Europäische Behörden

Als 2014 mehrere Menschen von Marokko aus die Grenze zur spanischen Enklave Ceuta überqueren wollten, wurden sie von der spanischen Grenzpolizei mit Gummigeschossen angegriffen. Mindestens 15 Menschen ertranken im Meer. Ihr Tod ist immer noch nicht aufgeklärt, die Grenzpolizei bestreitet ihre Schuld.

Um den verstorbenen Menschen zu gedenken, fand dieses Jahr eine transnationale gemeinsame Gedenkveranstaltung unter dem Slogan „CommemorAction - Against the borders that killed them!“ statt. Neben dem zentralen Gedenken in Oujda, Marokko, kamen in mehreren afrikanischen Städten, unter anderem Agadez im Niger, Bamako in Mali, Sokodé in Togo und Edéa in Kamerun, Menschen zusammen, um den Ermordeten und ihren Familien sowie Freund*innen ihr Beileid zu bekunden, aber auch um die immer noch fortwährende gewaltsame Grenzpolitik der EU anzuklagen¹. Auch in diversen europäischen Städten wie Brighton, Marseille, Manchester, Zürich, Hamburg und Berlin fanden gemeinsame Gedenken statt. In Berlin versammelten wir uns mit Aktivist*innen vom Watch the Med Alarmphone, der Seebrücke, Corasol und der Forschungsgesellschaft



Flucht und Migration (FFM) am Alexanderplatz und gedachten in Reden, Gedichten und Liedern den Verstorbenen. Vor dem Neptunbrunnen stellten wir dutzende Schuhpaare sowie Fotos der am 06. Februar an der spanischen Grenze gestorbenen Menschen auf. Mit den Schuhpaaren errichteten wir ein kurzfristiges Denkmal für alle Menschen, die durch europäische Grenzgewalt ihr Leben verloren.

Europäische Grenzen stehen sowohl damals als auch heute für Abschottung und Gewalt. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) veröffentlichte im März 2020 eine Schätzung der seit 2014 im Mittelmeer ums Leben gekommenen Menschen: sie liegt bei 20 000². Sichere und legale Einreisewege nach Europa existieren für diese Menschen nicht.

¹ <https://alarmephonesahara.info/en/news/6th-of-february-2020-international-day-of-commemoraction-for-people-killed-and-missing-on-the-migration-routes>

² <https://www.iom.int/news/shipwreck-coast-libya-pushes-migrant-deaths-mediterranean-past-20000-mark>

Aktive Koordination von illegalen push-backs nach Libyen durch europäische Behörden

Neben den vielen Todesfällen sind pull- und push-backs unter europäischer Anleitung und -weisung inzwischen an der Tagesordnung. Seit die EU die sogenannte „libysche Küstenwache“ ausbildet und finanziert, arbeiten EUNAVORMED und Frontex eng mit dieser zusammen: illegale Rückführungen in die libyschen Lager werden von europäischen Behörden koordiniert. Was die Menschen zurück in Libyen erwartet, wurde vielfach dokumentiert: Folter, Vergewaltigungen und Tod³.

Dabei wird nicht einmal mehr davor Halt gemacht, Boote in Seenot aus der maltesischen Seenotrettungszone zurück nach Libyen zu bringen. Wie das Alarm Phone berichtete, führten Frontex und das Rescue Coordination Centre Malta (RCC) in Zusammenarbeit mit der sogenannten „libyschen Küstenwache“ am 15. März 2020 eine illegale Rückschiebung durch. Das Boot mit 49 Personen an Bord, darunter drei Kinder und eine schwangere Frau, war von einem Flugzeug der EU Grenzschutzagentur Frontex am frühen Morgen des 14. März entdeckt worden und wurde zwölf Stunden später von einem libyschen Schiff abgefangen, obwohl es sich bereits in der Seenotrettungszone von Malta befand. Überlebende und Verwandte der Menschen an Bord berichteten später, dass sie von den libyschen Beamt*innen brutal geschlagen und eingesperrt wurden⁴.



Eine umfassende Recherche der britischen Zeitung „The Guardian“ zeigt, dass EU Akteur*innen bereits an mehreren pull-backs der sogenannten „libyschen Küstenwache“ beteiligt waren. In Audioaufnahmen ist zu hören wie bspw. die Flugbesatzung eines Flugzeugs der EUNAVORMED Operation Sophia die Koordinaten eines Boots in Seenot an die sogenannte „libyschen Küstenwache“ weiterleitet und sie zu der konkreten Position lotst⁵.

3 <https://www.theguardian.com/world/2019/nov/03/libya-migrants-tripoli-refugees-detention-camps>

4 https://alarmphone.org/en/2020/03/15/returned-to-war-and-torture/?post_type_release_type=post

5 <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/12/revealed-the-great-european-refugee-scandal>

Rückführungen nach Libyen verstoßen gegen internationales Recht und das Gebot des non-refoulement (Nicht-Zurückweisung), das besagt, dass Menschen an einen sicheren Ort gebracht werden müssen. In Libyen drohen den Menschen jedoch Folter und unmenschliche Behandlung.

Frontex und EASO als „Rückgrat einer europäischen Lösung“

Die Europäischen Akteur*innen werden für ihre Rechtsbrüche nicht zur Rechenschaft gezogen, im Gegenteil: eine im Januar 2020 stattfindende Konferenz des Migrationspolitischen Forums betitelte die EU-Agenturen Frontex und EASO gar als „Rückgrat einer europäischen Lösung“.

Um den „Schutz der EU-Außengrenzen zu sichern“, soll die Zahl der von Frontex Angestellten und von den Mitgliedsstaaten entsandten Beamt*innen von 5.000 in 2021 auf 10.000 bis 2027 erhöht werden⁶. Auch finanziell wird aufgestockt: der Budgetrahmen von 333 Millionen Euro im Jahr 2019 wird im Zeitraum 2021 bis 2027 auf 11,3 Milliarden Euro für die Agentur ausgeweitet werden⁷. Frontex Angestellte waren nachweislich wiederholt an Menschenrechtsverstößen und sind weiterhin an illegalen push-backs beteiligt⁸.



Für uns steht fest: wir brauchen Fähren statt Frontex und Solidarität anstatt Ausgrenzung! Bei unserer Kundgebung gegenüber der baden-württembergischen Landesvertretung, wo das Migrationspolitische Forum stattfand, äußerten wir lautstark unsere Forderung: „Wir brauchen Solidarität als Rückgrat von Menschlichkeit!“. Denn für uns ist Frontex keine Lösung, sondern Inbegriff einer zunehmend rassistischen und sich abschottenden Gesellschaft. Solidarität mit den betroffenen Menschen ist die Lösung sowie das Recht sich frei zu bewegen.

6 <https://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-04-15/2/frontex-aufstockung-standige-reserve-von-10-000-grenzbeamten>

7 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-modern-budget-may2018_de.pdf

8 <https://digit.site36.net/2019/09/27/does-frontex-arrange-illegal-push-backs/>

Exzessive Gewalt und Gesetzlosigkeit an der griechischen Außengrenze

Die derzeit von griechischen Grenztruppen exerzierte Gewalt an der türkisch-griechischen Grenze ist hierbei das aktuellste Beispiel von massiven Rechtsbrüchen und Gewaltausübung im Rahmen und Auftrags des europäischen Grenzregimes. Grundrechte, die einfach ausgesetzt werden, Rechtsbrüche, die in Kauf genommen werden. In diesem Fall in aller Öffentlichkeit und mit der offiziellen Unterstützung sowohl der nationalen Regierung als auch der Europäischen Gemeinschaft. Ursula von der Leyen, welche mit einer Delegation nach Griechenland geflogen ist, sprach dem griechischen Grenzschutz im Namen Europas ihren Dank aus und sicherte Unterstützung durch noch mehr Frontex Grenzbeamt*innen zu⁹. All dies wird billigend in Kauf genommen, um bestimmten Menschen den Zutritt zu verweigern. Dabei gibt es inzwischen mehr als 140 Städte und Kommunen in Deutschland, welche bereit sind, weitere Geflüchtete aufzunehmen.

Als Antwort auf die katastrophale Lage an der Grenze und die europäische Grenzpolitik fanden in der Woche zwischen dem 2. und 9. März 2020 mehrere Demonstrationen und eine Kundgebung vor dem DIHK (Deutscher Industrie und Handelskammertag) statt.



Protest vor dem Wirtschaftsforum am 9.März 2020

⁹ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-an-eu-aussengrenze-ursula-von-der-leyen-verspricht-griechenland-bis-zu-700-millionen-euro-a-2a258ef9-e16c-4a47-847c-76a25e040c5b>

Dort trafen sich just wenige Tage nach Beginn der Gewalteskalation an der türkisch-griechischen Grenze Bundeskanzlerin Angela Merkel und der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis als Keynote-Speaker des deutsch-griechischen Wirtschaftsforums. Während in Griechenland das Recht auf Asyl einfach ausgesetzt und an der griechischen Grenze Menschen z.T. erschossen wurden, diskutierten Merkel und Mitsotakis über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

In der Europäischen Union werden systematisch und kontinuierlich gemeinsame Werte einfach aus dem Fenster geworfen. Die Vorstellung, dass wir das Recht nicht beachten müssen, wenn wir es unbequem finden, wird dramatische Konsequenzen haben.

Wie lange müssen die Menschen an den Grenzen, in den Lagern, auf der Flucht noch diese menschenfeindliche Grenzpolitik ertragen?

Wir werden weiterhin laut bleiben und gegen das Europäische Grenzregime ankämpfen.

Freedom of movement for everyone!



Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de>
mail@borderline-europe.de